

Schutz für Bäume in Privatgärten soll fallen

Antrag der Ampelkoalition von BOB-Mann Mellis unterstützt: Rathaus soll Satzungsänderung prüfen

Mit den Stimmen der Ampelkoalition von SPD, Grünen und FDP und Karl-Heinz Mellis (BOB) beschloss gestern der Rat der Stadt, dass die Verwaltung prüfen soll, ob künftig Privatleute auf ihrem Grundstück, Bäume fällen können, ohne vorher einen Antrag zu stellen. Die Opposition lehnte dieses Ansinnen ab.

Zur Begründung erklärte FDP-Ratsherr Hans-Otto Runkler, dass die Menschen in Oberhausen sehr verantwortlich mit dem Thema Grün umgingen. „Für Misstrauen gibt es keine vernünftige Begründung.“ Politiker der Ampelkoalition wiesen zudem eindringlich darauf hin, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele und man sehr genau darauf schauen werde, was dabei herauskomme.

Zudem solle ein verstärkter Akzent auf den Erhalt schützenswerter Bäume – gegebenenfalls auch unter Ausweitung der Schutzes – erreicht

werden. Dazu gehöre auch, dass ein wirksamer Baumschutz im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren sowie bei Wohnanlagen etwa von Genossenschaften und Unternehmen ermöglicht werden soll, heißt es in dem Beschlussvorschlag.

Ziel sei, den Baumbestand in der Stadt durch Neupflanzungen und ein Alleenprogramm deutlich zu vermehren. Fördermöglichkeiten des Landes sollen genutzt werden. „Am Ende werden wir mehr und besseres Grün in Oberhausen haben“, ist

Andreas Blanke von den Oberhausener Grünen überzeugt.

Dagegen sprach vehement Frank Bandel (CDU): „Es werden künftig mehr Bäume gefällt.“ Über Jahrzehnte hätte Oberhausen dadurch weniger Grün, denn Neupflanzungen bräuchten Jahrzehnte, um die Größe alter Bäume zu erreichen. Mit fatalen Folgen für das Stadtklima. Jeder einzelne Baum leiste einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz: Luftbefeuchtung durch Verdunstung in Zeiten zunehmender Hitze, Kühlung durch Schatten, Herstellung von Sauerstoff. „Die Stadt Essen hat die Satzung mal für eine kurze Zeit abgeschafft – das kostete über 8000 Bäume das Leben.“

Der CDU-Vorschlag, bei berechtigten Fällgründen – etwa bei abgestorbenen Bäumen oder Gebäudeschäden – auf eine behördliche Genehmigung zu verzichten, fand keine Mehrheit.



Die Stadt soll die Baumschutzsatzung überarbeiten und prüfen, ob künftig Privatpersonen ohne Antrag Bäume auf ihrem Grundstück fällen können. FOTO: JAKOB STUDNAR